

Wolfgang Möllers **Asien**  
**nach dem**  
**Terroranschlag**

**Nach dem Terroranschlag auf die Vereinigten Staaten vom 11. September werden auch in Südostasien die politischen Karten neu gemischt. Spricht die Zehnstaatengemeinschaft mit einer Stimme? Wie groß ist die wirkliche Unterstützung für die Anti-Terror-Allianz? Wie ernst meinen es die Regierenden in der Region mit der Bekämpfung extremistischer Gruppen in den eigenen Ländern? Welche neuen Wege der Zusammenarbeit werden gefunden? Wie geht es mit der Integration der Gemeinschaft voran? Alles Fragen, von deren Beantwortung es ganz entscheidend abhängen wird, ob in Südostasien nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht eine wirkliche Wende eingeleitet werden kann. Jetzt ist die Zeit für Entscheidungen gekommen. Bleiben diese aus, ist wirtschaftlich und politisch der Anschluss für immer verloren.**

Der Terroranschlag auf die Vereinigten Staaten und die militärische Antwort der USA und Großbritanniens hinterlassen tiefe Spuren in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft fast aller Länder auf dem Globus. Ein neues Zeitalter bricht an, geprägt von der Angst vor internationalem Terrorismus und der Furcht vor einer wachsenden Kluft zwischen dem sogenannten Westen und der islamischen Welt.<sup>1)</sup> Die Jagd der Anti-Terror-Allianz auf Osama bin Laden und die Taliban in Afghanistan hat schwerwiegende Auswirkungen für den gesamten asiatischen Kontinent. Neue Bündnisse werden geschmiedet, die politische Landkarte sieht nach dem 11. September anders aus als zuvor.<sup>2)</sup>

Sicherheit umfasst nicht länger nur den traditionellen Begriff zwischen souveränen Staaten, sondern erstreckt sich auch auf andere Felder wie Terrorismus und Piraterie. Organisierte Kriminalität, Drogen- und Menschenhandel – alles Themen, die künftig mehr denn je die internationale Tagesordnung bestimmen dürften. „In Asien gibt es praktisch keine ausreichenden Mittel, Terroristen den Zugang zu High-Tech- oder Massenvernichtungswaffen zu verwehren“, warnt Andrew Yang vom Chinese Council of Advanced Policy Studies in Taipeh.<sup>3)</sup>

Aber auch die traditionelle Sicherheitspolitik ist gefragt. Hier steht im Vordergrund die Politik Chinas, dann Japans und im weitaus geringeren Maße die der südostasiatischen Länder. Peking ist dabei eine unsichere Größe. Zeigt das Land Verantwortung an der Seite der Anti-Terror-Allianz, oder nutzt es, wie

schon in der Vergangenheit, den Schatten der Weltpolitik aus, um machtbewusst und kaltentschlossen das Machtvakuum gegenüber Taiwan und den Anrainern im südchinesischen Meer auszufüllen? Tokio auf der anderen Seite wird sich größeren Hilfeersuchen aus den USA nicht länger verschließen können und eine international wichtigere Rolle spielen müssen. Diese bleibt bis auf weiteres der südostasiatischen Staatengemeinschaft versagt. Sie spielt im internationalen Konzert der Mächte kaum noch eine wichtige Rolle. Zu zerstritten präsentiert man sich, zu stark sind die Vorbehalte unter den Nachbarn, zu wenig koordiniert geht man vor.

### ■ Südasien im Brennpunkt

Vor allem in Südasien gehen nach dem 11. September die Uhren anders. Besonders auf Pakistan – bis noch vor kurzem völliger Außenseiter in der internationalen Politik – fällt das Interesse der USA. Die Regierung in Islamabad erfreut sich neuer Gunst des Westens, da man nicht länger auf islamische Fundamentalisten im eigenen Lande setzt, sondern Hilfe anbietet, mit dem Taliban-Regime im Nachbarland aufzuräumen. Schon drei Tage nach dem Terroranschlag auf New York und Washington signalisierte Islamabad, dass man amerikanischen Forderungen nachkommen werde und die Allianz unterstütze. Einzige Bedingung: pakistanische Truppen dürfen nicht nach Afghanistan marschieren, der Einsatz eventueller Bodentruppen muss ein UN-Mandat tragen und darf keine indischen bzw. israelischen Soldaten beinhalten.<sup>4)</sup>

Mit dieser Politik hat General Pervez Musharraf eine entschlossene Kehrtwende vollzogen.<sup>5)</sup> Pakistan ist nicht nur der einzige Staat, der die Taliban international anerkennt, auch hat das Land sieben Jahre lang massiv das Regime in Kabul militärisch, politisch und wirtschaftlich gefördert. Darüber hinaus unterstützte Islamabad indirekt unterschiedliche islamische Gruppen in Afghanistan und Kaschmir und trug auf diese Weise in den letzten 20 Jahren erheblich zur Destabilisierung der Region bei. Politische Beobachter schätzen, dass rund 3 000 bis 4 000 Pakistanis an der Seite der Taliban in Afghanistan kämpfen und mehrere Tausende in Militärlagern in Afghanistan für ihren Einsatz in Kaschmir üben.<sup>6)</sup>

- 1) Den berühmten Thesen von Samuel P. Huntington, *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*, New York 1996, widerspricht Francis Fukuyama in einem neuen Artikel im *Asian Wall Street Journal (ASWJ)*, 8. Oktober 2001, überschrieben mit „Liberal Democracy will prevail“.
- 2) *Far Eastern Economic Review (FEER)*, 27. September 2001, S. 15ff.
- 3) *FEER*, 20. September 2001, S. 19.
- 4) *FEER*, 27. September 2001, S. 14–18.
- 5) *The Economist*, 6.–12. Oktober 2001, S. 32.
- 6) *FEER*, 27. September 2001, S. 17f.

Die Verlautbarung von General Musharraf, dass die amerikanischen Beweise gegen Osama bin Laden und die Taliban stichhaltig seien, ist die erste derartige Äußerung eines islamischen Staates und sorgt für weiteres Wohlwollen in den USA und Großbritannien. Dabei ist der politische Kurs Islamabad nicht ohne Risiko. Der Einsatz der alliierten Streitkräfte stellt das Land vor eine Zerreißprobe. Musharraf muss im eigenen Land gegen muslimische Eiferer vorgehen und dabei auch Gruppen verbieten, die auf der amerikanischen Liste terroristischer Organisationen stehen. Die islamische Opposition in Pakistan wächst. Gelehrte islamischer religiöser Schulen, Geheimdienstler und auch hohe Militärs machen keinen Hehl aus ihrer Ablehnung des Regierungskurses. Eines liegt auf der Hand: scheitert die Anti-Terror-Allianz, droht Musharraf das Ende, von einer „Talibanisierung“ Pakistans ist dann die Rede. Darüber hinaus wären bei einem möglichen Fehlschlag auch die Auswirkungen auf die zentralasiatischen Republiken mit ihrem erwachenden Fundamentalismus weiterer Nährboden für den internationalen Terrorismus.

Während die Regierung in Islamabad auf schmalem Grate wandelt, ist beim Nachbarn Indien die Unterstützung für die USA vorbehaltlos. Man hat angeblich sogar Häfen und Luftlandestützpunkte für mögliche Aktionen zugesagt. Die Regierung in Neu-Delhi hofft auf eine schnelle Lösung in Kaschmir. Schon lange unterstützt man die Nordallianz in Afghanistan, um die Taliban zu schwächen und auf diese Weise auch gegen von Pakistan unterstützte moslemische Gruppen vorzugehen. Zusammen mit dem Iran und Russland liefert Neu-Delhi Waffen an die Nordallianz.

### ■ Amerikanische Interessen in der Region

Die Unterstützung für die USA und ihre Alliierten bei einem Schlag gegen die Taliban und Osama bin Laden hängt entscheidend davon ab, inwieweit es Washington gelingt, jeden Eindruck eines gewöhnlichen Rachefeldzuges zu vermeiden.<sup>7)</sup> Vielmehr muss Washington deutlich machen, dass es sich um einen abgestimmten strategischen Zug handelt – gegen den internationalen Terrorismus und seine Beschützer

7) *The Economist* schreibt von einem „Propagandakrieg“, der ebenfalls gewonnen werden muss, s. *The Economist*, ebd., S. 11f.

und für eine stabile Region mit neuen Eckpfeilern. Dies bedeutet konkret eine neue Regierung in Afghanistan<sup>8)</sup>, humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge, wirtschaftliche Unterstützung für die zentralasiatischen Staaten und ausgeglichene Interessen zwischen Indien und Pakistan.

Eine solche Umorientierung der amerikanischen Außenpolitik hätte zweifelsohne direkte Auswirkungen auf Ost- und Südostasien. Eine Kräftekonzentration auf den Mittleren Osten bzw. auf Südasiens würde ein gefährliches Machtvakuum in den anderen Teilen des Kontinents bedeuten. China, Japan, vielleicht auch Südkorea und Australien könnten darum ringen, die Lücke zu füllen.

Amerikanische Interessen und militärische Strategie finden sich in klaren Worten in einem Papier des Pentagon beschrieben, das schon vor dem 11. September entworfen, jedoch sicherlich vor dem Hintergrund des Terrorangriffs überarbeitet und Anfang Oktober dem US-Kongress zugeleitet wurde.<sup>9)</sup> Eine der Empfehlungen ist die, dass Amerika seine militärische Präsenz in Asien deutlich verstärken sollte. Asien sei, so das Strategiepapier aus dem Verteidigungsministerium, der potenziell gefährlichste Kontinent. Zwar wird China als möglicher Gegner nicht genannt, verlangt werden aber Truppenstationierungen in Japan und in anderen Ländern, weitere Flugzeugträger nebst Begleitschiffen und entsprechende Stützpunkte für die US-Marine in der Region.

Insgesamt fordert das Verteidigungsministerium, dass die amerikanischen Streitkräfte in die Lage versetzt werden müssten, einen regionalen Krieg „entscheidend“ zu gewinnen. Dies bedeute den Einsatz von Bodentruppen, die Einnahme der feindlichen Hauptstadt und den Sturz der Regierung. Gleichzeitig müsse das Militär zusätzlich solange einen anderen „mittleren“ Konflikt austragen können, bis schließlich alle Kräfte nach Lösung des ersten Konflikts auf diesen zweiten konzentriert werden könnten.

Zeigt sich Asien als Brennpunkt und möglicher Herd für einen neuen internationalen Rüstungswettlauf? Dies ist nicht von der Hand zu weisen, zumal Atomwaffen existieren und Raketentechnologie weiterverbreitet wird. Multilaterale Bemühungen, dem Treiben Einhalt zu gebieten, sind in Asien entweder

8) Über mögliche innerafghanische Optionen, s. *The Economist*, ebd., S. 17f. und *AWSJ*, 10. Oktober 2001.

9) *AWSJ*, 4. Oktober 2001.

traditionell unbekannt oder haben sich als Papiertiger erwiesen. ASEAN, das „ASEAN Regional Forum“ oder auch APEC sind Beispiele dafür. Ethnische und religiöse Spannungen sowie hohe Korruption schwächen einzelne Staaten und destabilisieren die Region. Hiervor warnt das amerikanische Verteidigungsministerium: „Regierungen sind durch radikale oder extremistische innere Kräfte umsturzgefährdet. Viele dieser Staaten unterhalten ein großes Militär und besitzen das Potenzial, Massenvernichtungswaffen entweder zu entwickeln oder zu kaufen.“<sup>10)</sup>

10) zit. ebd., S. 11.

11) *FEER*, 27. September 2001, S. 16.

12) *The Straits Times*, 27. September 2001.

### ■ **Schnelle Unterstützung aus China und Japan**

Wie reagierten Asiens Regierungen auf den Terror? Nur wenige Stunden nach dem Anschlag gab es überraschenden Beistand von unvermuteter Seite. China, nicht gerade als enger Verbündeter Washingtons in der Region bekannt, erklärte seine volle Unterstützung für den amerikanischen Kampf gegen den internationalen Terrorismus. In einem Telefonat mit dem britischen Premier Tony Blair unterstrich Präsident Jiang Zemin, dass China jede Militäraktion unterstütze, „wenn konkrete Beweise vorliegen und keine unschuldigen Menschen zu Schaden kommen“.<sup>11)</sup> Peking hofft auf eine schnelle Verbesserung der Beziehung zu den Vereinigten Staaten. „China wird nicht länger der Hauptfeind der USA in der Region sein“, glaubt Xiao Chen von der Peking-Universität.<sup>12)</sup> Zuviel wird man sich in Washington nicht von den „neuen“ chinesischen Freunden versprechen dürfen. Wohl niemand ist ernsthaft an chinesischen Soldaten als Teil einer möglichen Bodentruppe interessiert. Und auch im Grundsatz hapert es, sind doch einige der in Tibet und Xinjiang agierenden Kämpfer nach chinesischer Lesart „Terroristen“ in den Augen der USA und Europas jedoch „Freiheitskämpfer“.

Sicherlich kann indes die chinesische Unterstützung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nur nützlich sein. Vor allem verfügt Peking in der Region über einigen Einfluss. So traf der chinesische Botschafter in Pakistan auf einer Reise nach Afghanistan den Taliban-Führer Mullah Mohammed Omar – eine außerordentliche seltene Zusammenkunft, da der Taliban-Chef gewöhnlich jegliche Treffen mit Nicht-Muslimen ablehnt.

Asiens Regierungen prüfen ihre Optionen vor dem Hintergrund des amerikanischen Drucks einer entschlossenen Antwort auf den Überfall auf das World Trade Center und das Pentagon. Kriegsschiffe sind auf den Befehl Washingtons in der Region unterwegs, die US-Flottenbasis auf der britischen Insel Diego Garcia im Indischen Ozean ist wichtiger Stützpunkt im Feldzug gegen den internationalen Terrorismus. Afghanistans Nachbarn, Pakistan, Russland, China, Indien, der Iran und die arabischen Staaten sind das vorrangige Ziel der amerikanischen diplomatischen Großoffensive.

Aus Japan, einem wichtigen Verbündeten der Vereinigten Staaten, sind einstweilen ebenfalls klare Signale zu vernehmen. Zehn Jahre zuvor hatte Tokio im Golfkrieg noch lange gezögert, bis man schließlich mit dem Scheckbuch in der Hand bereit war, an die Seite der Alliierten zu treten. Jetzt ging alles wesentlich schneller. Nicht zuletzt waren auch insgesamt 43 japanische Topunternehmen Mieter im World Trade Center in New York. Tokio will militärisch enger mit den USA zusammenarbeiten. Und dies vor dem Hintergrund des Verbots in der japanischen Verfassung, Truppen ins Ausland zu senden bzw. internationale Konflikte mit Gewalt zu lösen. Zusammen mit Japan und Südkorea – beide Länder beheimaten amerikanische Truppen – haben fast alle südostasiatischen Staaten die eine oder andere Form von Unterstützung zugesagt.<sup>13)</sup>

Inwiefern es sich dabei um reine Lippenbekenntnisse oder wirkliche Zusagen handelt, bleibt zunächst abzuwarten. Aktionsfelder bieten sich ausreichend. Moslemischen extremistischen Gruppen, wie etwa der Abu Sayyaf auf den Philippinen aber auch anderen Gruppen in Indonesien, Thailand und Malaysia, könnte der Kampf angesagt werden. Eine engere Zusammenarbeit der Geheimdienste mit wirksamem Austausch von Informationen ist vorstellbar. Luftlande- und Marinestützpunkte in der Region könnten wieder geöffnet werden, selbst amerikanische Ausbildung für malaysische und indonesische Sicherheitskräfte gegen moslemische Rebellen ist im Bereich des Möglichen.

13) Sogar nach dem militärischen Eingreifen der USA und Großbritanniens gab es breite Unterstützung aus den asiatischen Hauptstädten. Zurückhaltende Worte kamen lediglich aus Jakarta. Malaysias Ministerpräsident Mahathir erklärte sich mit dem Angriff auf Afghanistan schlichtweg nicht einverstanden. Mahathir: „Die Bombenangriffe werden die Terroristen nicht zur Strecke bringen“, vgl. *AWSJ*, 9. Oktober 2001.

## ■ Südostasien vor einer Entscheidung

Insgesamt ist in den südostasiatischen Hauptstädten aber die Unterstützung für die USA nicht besonders groß. Ohnehin ist die Region von Misstrauen gegenüber Washington geprägt, das in der Vergangenheit mit Forderungen nach Demokratie und Menschenrechten die Regierenden in der Region immer wieder verschreckt hat. Militärisch spielen die USA nach dem Abzug der Streitkräfte aus den Philippinen vor zehn Jahren keine besondere Rolle. Im Weißen Haus und im amerikanischen Außenministerium blickte man vor dem Terrorangriff auf China, Japan und allenfalls noch auf Indien. Für Südostasien blieb wenig Aufmerksamkeit übrig.

Jetzt geht es für die Region darum, sich zu entscheiden.<sup>14)</sup> Und dies trotz möglicher innenpolitischer Turbulenzen. Indonesiens Präsidentin Megawati Sukarnoputri, die schon am 18. September zu Besuch in Washington war, und der malaysische Ministerpräsident Mahathir Mohamed stehen vor einer schwierigen Situation. Wie kann die entsprechende Unterstützung für die USA aussehen, ohne die eigenen Landsleute, in der überwältigenden Mehrheit Muslims, zu verärgern? Die Philippinen und Thailand, beides Länder mit einer nennenswerten muslimischen Minderheit, versprachen Washington logistische Unterstützung und mögliche Stützpunkte.

Südostasien spürt immer wieder, welche schlimmen Spuren der militante Islam in der Region hinterlässt.<sup>15)</sup> Zahlreiche Entführungen auf den Philippinen, „heilige Krieger“ in Indonesien und „bewaffnete Zellen“ in Malaysia lehnen die Regierungen das Fürchten. Zwar sind auf dem Kontinent vergleichbare Terrorschläge wie in den USA ausgeschlossen, sicher kann sich jedoch niemand fühlen. Al-Qaeda, Osama bin Ladens Terrororganisation, streckt die Fühler auch in der Region aus. Schreckliches Beispiel: Ramzi Yousef, pakistanischer Staatsbürger und Hauptverantwortlicher für das Bombenattentat auf das World Trade Center im Jahre 1993, plante eine Terrorattacke auf zwölf amerikanische Passagierflugzeuge in Asien. Sichere Zuflucht fand Yousef zwischenzeitlich bei moslemischen Rebellen auf den Philippinen, bei der Terrortruppe Abu Sayyaf, die für Entführungen, Er-

14) George Bush: „There is no neutral ground in this war“.

15) *International Herald Tribune (IHT)*, 22./23. September 2001.

pressungen, Mord und Totschlag verantwortlich ist. Früher vor allem im Mittleren Osten, Zentral- und Südasiens beheimatet, wächst das Terrornetzwerk jetzt auch in Indonesien, Malaysia, in Myanmar und auf den Philippinen. Nachgewiesen sind Kontakte zu Abu Sayyaf, Laskar Jihad in Indonesien und extremistischen Gruppen in Malaysia. Zweifelsohne halten diese Gruppen länderübergreifend auch engen Kontakt zueinander.<sup>16)</sup>

Wichtiger als diese Kontakte dürfte allerdings das feine Finanzgeflecht Al-Qaedas in der Region sein.<sup>17)</sup> An der Spitze soll der Schwager Osama bin Ladens stehen, der saudiarabische Geschäftsmann Mohamed Jamal Khalifa. Über ein Netzwerk von Banken wird Geld gewaschen und für Terrorzwecke bereitgestellt. Mangelnde Transparenz der Banken in der Region machen solche Operationen leicht möglich.

Einstweilen steht die Machtübernahme in einem südostasiatischen Land durch militante Islamisten noch aus. Die wirtschaftlichen Probleme der Region und die politische Instabilität einiger Länder sind jedoch hervorragender Nährboden für die Extremisten. Hier ist vor allem Indonesien zu nennen, mit 210 Millionen Menschen der bevölkerungsreichste moslemische Staat der Welt. In Aceh auf Sumatra strebt eine Unabhängigkeitsbewegung nach einem islamischen Staat und auf den Molukken hat ein drei Jahre langer Kampf zwischen Christen und Muslims schon für Tausende von Toten gesorgt – gewaltige Aufgaben für Präsidentin Megawati Sukarnoputri, die gerade erst einige Monate im Amt ist. Wenig erfreut dürfte sie auch über eine Stellungnahme des Council of Indonesian Muslim Scholars zehn Tage nach dem Anschlag auf die USA gewesen sein. Darin werden alle Muslime bei einem Angriff der USA auf Afghanistan zum „heiligen Krieg“ aufgerufen.<sup>18)</sup>

Auch die Philippinen mit ihrem jahrzehntealten Konflikt im Süden des Landes zählen zu dieser Kategorie.<sup>19)</sup> Thailand sorgt sich um eine anhaltende separatistische Bewegung an der Grenze zu Malaysia. Bombenanschläge, Entführungen und Erpressungen in den vier südlichen Provinzen Thailands machten Schlagzeilen. „Länder im Mittleren Osten sorgen für Geld und die Ausbildung der fundamentalistischen Gruppen im Süden,“ klagt ein thailändischer Gene-

16) *AWSJ* berichtet über zahlreiche Verhaftungen von vermeintlichen Terroristen in Malaysia, den Philippinen und Indonesien. Vgl. *AWSJ*, 26. September 2001.

17) S. auch *AWSJ*, 13. September 2001.

18) *AWSJ*, 8. Oktober 2001.

19) Über den Hintergrund des Konflikts in Mindanao s. Marites Vitug & Glenda Gloria, *Under the Crescent Moon: Rebellion in Mindanao*, Manila 2000.

- 20) *FEER*, 27. September 2001, 22f.  
21) S. u.a. *IHT*, 22./23. September 2001, *IHT*, 28. September 2001, auch *FEER*, 20. September 2001, S. 17–21, und *FEER*, 11. Oktober 2001, S. 62–64.

ral.<sup>20)</sup> Im Jahre 1994 verhinderte lediglich ein Verkehrsunfall ein Attentat mit einer Autobombe auf die israelische Botschaft in Bangkok. Und im immer auf wirtschaftliches Wohlergehen bedachten Stadtstaat Singapur, werden Stimmen laut, die massive Auswirkungen im Falle von politischer Instabilität bei den direkten Nachbarn Indonesien und Malaysia befürchten.

Erst jetzt nehmen die Regierungen Südostasiens die internationalen Hinweise auf Terrorschläge wirklich ernst. Aus Washington waren in der Vergangenheit immer wieder Stimmen zu hören, die vor militanten Islamisten, Kontakten zum Mittleren Osten und dem Export von Terror gewarnt hatten. Die Signale können auch in der Region deutlicher nicht sein. Einer der vermutlichen Attentäter des 11. September war kurz vorher von philippinischen Behörden verhaftet worden, ein anderer taucht auf einem Video in Kuala Lumpur auf. Ob die USA vor diesem Hintergrund eine engere Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten in der Region anstreben oder gar weiterbilden, ist einstweilen noch offen.

Der Einfluss islamischer religiöser Schulen ist in der Region groß. Traditionell lernen Hunderte von malaysischen, indonesischen und philippinischen Studenten in diesen Schulen. Jedoch scheinen sich hier in letzter Zeit – vor allem in Pakistan – fundamentalistische Tendenzen Bahn zu brechen, die auf diese Weise nach Südostasien eingeführt werden. Auch hat eine große Anzahl südostasiatischer Moslems in Afghanistan gekämpft, erst mit den Mujahideen gegen die Sowjetunion in den achtziger Jahren und dann an der Seite der Taliban gegen andere Bewegungen innerhalb Afghanistans.

### ■ **Wirtschaftliche Konsequenzen**

Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Terrorschlages auf die USA sind für Asien katastrophal.<sup>21)</sup> Die Staaten in der Region hängen massiv vom amerikanischen Markt, vom Finanzsektor und von Investitionen ab. Schon vor dem September zeigten Asiens Wirtschaftsdaten steil nach unten. Hektisch werden jetzt staatliche Programme aufgelegt, um den Konsum anzukurbeln. Zinssenkungen, Unterstützung für die einheimischen Währungen – all dies sind nur be-

grenzt geeignete Schritte, um einen soliden Ausweg aus der Krise zu finden.

Aktien sind eingebrochen, Investitionen zurückgegangen. Vor allem Südkorea, Taiwan, Singapur und Malaysia exportierten viel weniger elektronische Güter. Finanzexperten erwarten zudem besonders für Japan schwere Zeiten. Die Exportbranchen, die Luftfahrtindustrie und den Tourismus dürfte es schwer treffen. „Asien hängt sehr von den USA ab. Wenn es geringeres Wachstum in den Vereinigten Staaten gibt, hat dies direkte Auswirkungen auf den gesamten Kontinent“, meint ein Finanzexperte.<sup>22)</sup> Dabei ist sogar zu befürchten, dass die USA vor einer Rezession mit ungeahnten Auswirkungen für Asien stehen. Denn: nur mit entsprechender Nachfrage aus dem Ausland sind die exportdominierten Länder Asiens wiederzubeleben. Einstweilen ist das Vertrauen in die eigene Wirtschaftskraft gründlich dahin. Die Nachfrage schwindet, die Arbeitslosigkeit steigt. Anleihen sind am internationalen Markt kaum noch zu platzieren, die Vorhersagen für ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts zeigen steil nach unten, je nach Land zwischen 0,5 und vier Prozent.

Singapurs und Taiwans Wirtschaft befinden sich schon in der Rezession, Malaysia und Hongkong werden bald folgen. Selbst in Peking sind jetzt Sorgen angebracht. Vermutlich werden die Investitionen aus dem Ausland sinken, besonders diejenigen aus den USA, welche insgesamt elf Prozent an den ausländischen Gesamtinvestitionen ausmachen. Der Export schwächelt, wenn Peking auch insgesamt viel weniger vom Export abhängt wie seine Nachbarn. Nach einem 28-prozentigen Anstieg der Exporte im vergangenen Jahr erwarten Experten für dieses Jahr lediglich ein Wachstum von 5,5 Prozent. Das Bruttoinlandsprodukt soll aber immer noch um 7,6 Prozent ansteigen. Damit liegt China weit vor den anderen Ländern in der Region.

Steigende Rohölpreise als mögliche Konsequenz auf den Terrorangriff und die Antwort der Vereinigten Staaten hätten unterschiedliche Auswirkungen. Während dies die Importeure in der Region, wie etwa Korea oder die Philippinen, stark treffen würde, könnten die ölproduzierenden Länder wie Malaysia und Indonesien sogar von der Krise profitieren. Insgesamt ist ein Ausweg aus derselben einstweilen nicht

22) Zit. nach *FEER*, 11. Oktober 2001, S. 62.

in Sicht. Asiens Hoffnungen auf eine schnelle wirtschaftliche Genesung, vielleicht sogar noch im Jahr 2002, sind dahin.

### ■ **Südostasien vor schwierigen Zeiten**

Schon vor dem 11. September sah die wirtschaftliche Lage der Region nicht besonders rosig aus. Asiens Wirtschafts- und Finanzkrise 1997/98 hat den Staaten heftig zugesetzt – viele haben sich bis heute von dem damaligen Absturz noch nicht erholt. Jetzt drohen sogar noch dunklere Wolken. Die fetten neunziger Jahre sind ein für alle Male vorbei. Viel Kapital sorgte damals für kräftige Exporte und zweistellige Wachstumsraten. Die Nachfrage aus den USA und Europa nach High-Tech-Produkten ist dahin, die einst so potenten Partner haben ihre eigenen Schwierigkeiten. Nun steht man alleine da. Selbst die vormaligen Überflieger wie Singapur, Korea, Taiwan und Malaysia melden Fehlzanzeige beim Wirtschaftswachstum. Dringend sind jetzt Rezepte gefragt. Deregulierung und freien Handel fordern Wirtschaftsexperten.

Hinzu kommt: der südostasiatische Club ist größer geworden.<sup>23)</sup> Zehn Länder sitzen nun am Tisch: Kambodscha, Laos, Myanmar und Vietnam stießen zur ehemaligen Sechsergruppe aus Brunei, Indonesien, Malaysia, den Philippinen, Singapur und Thailand. Das hat die Integration nicht einfacher gemacht. Da ist häufig von zwei Geschwindigkeiten in der weiteren Entwicklung der Gemeinschaft die Rede, von Armen und Reichen spricht man hinter vorgehaltener Hand. Und das eventuelle 11. Mitglied steht auch schon vor der Tür: Osttimor. Hier fanden Ende August Wahlen für die Verfassung gebende Versammlung mit 88 Abgeordneten statt – exakt zwei Jahre nach dem verheerenden UN-Wahlgang, als Milizen und indonesische Militärs die ehemalige portugiesische Kolonie verwüstet und Hunderttausende in die Flucht getrieben hatten.

Viel Zeit bleibt der Staatengemeinschaft nicht, denn ein gewichtiger Konkurrent ist längst auf der Überholspur. China lockt weltweit Investoren und überschwemmt mit Billigwaren die Region. ASEAN mit seinen rund 500 Millionen Einwohnern macht gerade einmal knapp die Hälfte der chinesischen Bevölkerung aus. Das gemeinschaftliche Bruttoinlandspro-

23) Vgl. Mya Than u. Carolyn Gates, *ASEAN Enlargement – Impacts and Implications*. Singapur 2001.

dukt ist etwa so groß wie das Chinas. Eine Zahl dürfte allerdings für besondere Kopfschmerzen sorgen: ins Reich der Mitte fließen heute 80 Prozent der ostasiatischen Direktinvestitionen, nach Südostasien nur noch 20 Prozent. Dies ist das genau umgekehrte Verhältnis im Vergleich zu vor zehn Jahren und zeigt, wie deutlich Peking auf Kosten seiner südlichen Nachbarn zugelegt hat.

Von Japan ist ebenfalls nicht viel zu erwarten. Japans Wirtschaftsgiganten schließen Standorte in der ganzen Region und kürzen Arbeitsplätze. Die Rolle des Landes als größter Geldgeber und Investor verblasst deutlich. Investitionen für Südostasien sind in den letzten zehn Jahren um die Hälfte geschwunden, diejenigen in China um mehr als das Doppelte angestiegen. Dies belegen Zahlen aus dem japanischen Finanzministerium. Und der Niedergang des Yens, sicher eine Hilfe für japanische Exporte, sorgt bei den südostasiatischen Nachbarn hingegen für großen Ärger, macht er doch deren Exporte schwieriger.

In der Tat: die Region, noch 1997 arg von einer tiefgreifenden Wirtschafts- und Finanzkrise gebeutelt, dann aber hoffnungsvoll durchgestartet, steht vier Jahre später vor gewaltigen politischen und wirtschaftlichen Problemen. Keine Rede ist mehr vom asiatischen Aufbruch, saftigen Wachstumsraten und dem pazifischen Jahrhundert. Politische Beobachter meinen vielmehr, dass Südostasien dieser Tage die schwerste Krise seit den siebziger Jahren durchmacht.

### ■ Auch eine Krise der Institutionen

Südostasiens Krise ist auch eine Krise seiner Institutionen. Es gibt keine Tradition unabhängiger Institutionen, die unbestechlich ein Korrektiv bilden und Verfehlungen effizient anprangern und verfolgen können. Beamte sind oftmals nicht richtig ausgebildet, weit unterbezahlt und zeigen häufig wenig Verantwortung den eigenen Landsleuten und ihrem Gemeinwesen gegenüber. Parlamente sind schwach, Militär und Polizei teilweise politisiert bzw. in einigen Ländern nicht einmal dazu in der Lage, für ein Mindestmaß an Sicherheit zu sorgen. Die Gerichte haben stellenweise einen zweifelhaften Ruf, Korruption wird groß geschrieben. Und die den jeweiligen Mächtigen im Lande nahestehenden Finanzkapitäne

genießen im Krisen- bzw. Pleitefall den besonderen Schutz ihrer politischen Gönner.

Der Inselstaat Indonesien ist besonders beklagenswertes Beispiel für diese Misere. Noch im Oktober 1999 waren beide nach dem Sturz Suhartos mit vielen Vorschusslorbeeren gestartet: der neue Präsident, Abdurrahman Wahid, und seine Stellvertreterin, Megawati Sukarnoputri. Schon kurze Zeit später war es mit den Hoffnungen auf eine glorreiche Zeit vorbei. Wahid erwies sich als nicht effizient und unfähig, die Geschicke seines Landes zu lenken. Das von ihm seit jeher geschmähte Parlament jagte ihn schließlich aus dem Amt. Seine Nachfolgerin Megawati tritt ein überaus schweres Erbe an. Dies liegt weniger an Wahid, als vielmehr an der 32-jährigen autokratischen Herrschaft Suhartos, die stark auf Indonesien lastet. Suharto hat ein wahres Parlament nie als Kontrollorgan zugelassen, die politische Opposition wurde von Anfang an kalt gestellt. Die Militärs verloren das Vertrauen der Bevölkerung. Staatsbürokratie, Polizei und Gerichte wurden zum Hort von Korruption und anderen finsternen Machenschaften. In einem solchen Umfeld hat es jeder Präsident schwer, eine Zeitenwende einzuläuten.

In Malaysia ist ein ähnlicher Prozess der Schwächung und Aushöhlung der öffentlichen Institutionen erkennbar. Besonders auffällig war dies am willfährigen Verhalten der Polizei und Gerichte beim Prozess gegen Anwar Ibrahim, der schließlich wegen angeblicher Sodomie für Jahre hinter Gitter wandern musste. Die in- und ausländische Presse in Malaysia wird ohnehin behindert und gegängelt. Das Wirtschaftsklima wird immer wieder dadurch belastet, dass sich Geschäftsleute mit den richtigen politischen Beziehungen mit staatlicher Unterstützung aus ihrer Finanzklemme befreien können.

In Thailand liegen die Probleme woanders. Hier ringen alteingesessene politische Clans machtbewusst mit neuen Regeln, erlassen nach der Asienkrise, um einen Weg aus dem Polit- und Finanzchaos herauszufinden. Der seit fast einem Jahr amtierende Ministerpräsident Thaksin Shinawatra kann sich zwar im neugewählten Parlament über eine absolute Mehrheit freuen, sein Amt ist jedoch schon jetzt schwer beschädigt. Das Verfassungsgericht des Landes hatte über Thaksins Verhalten zu befinden, der angeblich

Aktien im Wert von rund 500 Millionen Mark an sein Hauspersonal überschrieben haben soll, um Steuern zu sparen und regelwidrige Börsengeschäfte zu verschleiern. Die Verfassungsrichter sprachen zwar den Dollar-Milliardär Thaksin vom Korruptionsvorwurf frei und haben damit seine drohende Amtsenthebung abgewendet. Der Richterspruch fiel jedoch mit acht zu sieben Stimmen äußerst knapp aus. Wohl kein Zweifel besteht auch darüber, dass die Richter unter enormem politischen Druck standen und nicht nur juristische Kriterien berücksichtigten. Einige Beobachter in Bangkok sagten für den Fall eines Schuldspruchs gar den Ausbruch von Unruhen voraus. Thaksin ist im Lande sehr populär, seine Beliebtheit hat auch durch den Prozess keineswegs gelitten. Dennoch: in Bangkok werden Zweifel daran geäußert, ob nun gerade dieser Premier der Richtige ist, um unabhängigen Institutionen den Rücken zu stärken und der Korruption Einhalt zu bieten.

Die nationale Karte, die die neue thailändische Regierung jetzt gerne spielt, tut ein übriges, um die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu beeinträchtigen und ausländische Investoren zögern zu lassen, ihr Kapital in Thailand anzulegen. Zwar finden die nationalistisch-populistischen Sprüche viel Anklang beim thailändischen Bürger, der satte Wahlversprechen liebt, bei der ausländischen Wirtschaft hat Thailand jedoch viel Kredit verspielt. Die Aktien sinken, die Währung ist im Abwind, der wirtschaftspolitische Kurs der Regierung ist unklar. Besonders sorgte die Gründung einer staatlichen Auffanggesellschaft für notleidende Kredite der Banken für Aufregung. Darüber hinaus trug auch die Entlassung des Zentralbankgouverneurs nicht gerade zur Beruhigung der Situation bei.

Von Wirtschaftsreformen in den Philippinen ist bei jeder Gelegenheit zu hören. Keine Regierung, kein Präsident tritt in Manila an, ohne Grundlegendes zu versprechen. Nur: der Nachfolger von Präsident Fidel Ramos, Joseph Estrada, hatte besondere Vorstellungen davon, wie die Wirtschaft seines Landes auf Vordermann zu bringen sei. Seine Regierungsmonate im Malacanang-Palast waren eine Zeit von Peinlichkeiten, Pleiten und Pannen. Schließlich warf ihn eine aufgebrachte Menge in einer Staatsrevolte aus dem Amt, seiner Affären müde geworden. Seiner Nach-

folgerin, Gloria Macapagal-Arroyo, werden deutlich bessere Noten gegeben. Sie hat jetzt alle Hände voll zu tun, die Wirtschaftslage des Landes und das Los der Armen zu verbessern. Da kommen schlagzeilen-trächtige Korruptionsaffären ihres Mannes sehr un-gelegen. Dem „First Gentleman“ werden derzeitig zum zweiten Mal in der Amtszeit seiner Gattin „Un-regelmäßigkeiten“ vorgeworfen.

Der Ruf der Philippinen ist derzeit denkbar schlecht. Die Entführungen von ausländischen Tou-risten, von großem Medienspektakel begleitet, aber auch die stark angestiegene Zahl der Kidnappings von reichen Geschäftsleuten, vor allem in Manila, stellen Regierung und Sicherheitskräfte vor große Probleme. Der im vergangenen Jahr ans Licht der Öffentlichkeit gebrachte Konflikt um Mindanao gärt nach wie vor. Je nach Lesart muslimische Freiheitskämpfer, Rebel-len oder einfach geldgierige Banditen machen den Sü-den des Landes unsicher und zwingen die Staats-macht zu kostspieligen Militäraktionen.

Nun ruhen die Hoffungen auf Megawati, Arroyo und Thaksin. Sie sind alle in den letzten zwölf Mona-ten an die Macht gekommen und sollen endlich für frischen Schwung sorgen. Die philippinische Präsi-dentin tritt nach der schmachvollen Pleite ihres Vor-gängers ein schweres Erbe an. In der Außenpolitik setzt sie andere Zeichen. Während Joseph Estrada zu-mindest in der Anfangszeit bewusst den Konflikt mit Malaysia suchte und den Kontakt mit Anwar Ibrahim hielt, reiste Arroyo demonstrativ nach Kuala Lum-pur, unterzeichnete dort ein Friedensabkommen mit den Rebellen im eigenen Land und pries auch noch den malaysischen Premierminister Mahathir als „bei-spielhaften Führer“.

Auch Indonesiens erste Frau setzt auf Ausgleich mit den Nachbarn. Singapur bekam lobende Worte ab, Balsam auf die Wunden des Stadtstaates, hatte man hier noch die heftigen Attacken der Vorgänger Megawatis in schlimmer Erinnerung. Und noch ein Zeichen kam aus Jakarta: während Präsident Wahid gerne auf Europa geblickt hatte und dort auch häufig weilte, reiste Megawati auf ihrer ersten Auslandsreise in einer Blitztour durch alle neun südostasiatischen Länder.

Intensive Besuchsdiplomatie ist die eine Seite, per-sönliches Kennenlernen und Freundschaft hat sich

zum anderen positiven Aspekt der Beziehungen zwischen einzelnen Staaten in der Region entwickelt. Hier sind besonders Megawati und Arroyo zu nennen. Sie bezeichnen sich als „Schwestern“, weil ihre Väter „wie Brüder“ waren. Arroyos Vater, Diosdado Macapagal, regierte die Philippinen von 1961 bis 1965. Megawatis Vater, Sukarno, ist der Gründer Indonesiens. Die beiden Töchter gelangten fast zeitgleich als Vizepräsidenten an die Macht. Sie stehen beide vor gewaltigen Wirtschaftsproblemen. Rebellen Gruppen machen ihnen zusätzlich das Leben schwer. Zwei Präsidentinnen über insgesamt 300 Millionen Menschen auf rund 20 000 Inseln – ein freundschaftlicher Schulterschluss der beiden „Schwestern“ käme für die Stabilität in der Region zur richtigen Zeit.

Das Manuskript wurde am 10. Oktober 2001 abgeschlossen.